Referenz

Fachanwalt Strafrecht: Inverkehrbringen von Falschgeld, § 146 StGB

10. Juli 2018: Verdacht des Inverkehrbringens von Falschgeld – Einstellung des Strafverfahrens mangels Tatnachweis

Unser Mandant hatte eine hochwertige Soundanlage für mehrere tausend Euro gekauft. Bei dem Treffen mit dem Verkäufer einigte man sich darauf, den Kaufpreis sogleich in bar an einem Geldautomaten auf das Konto des Verkäufers einzuzahlen. Nachdem unser Mandant die Geldscheine in den Geldautomaten gelegt hatte, meldete der Automat, dass ein 500 € Schein als Falschgeld erkannt und eingezogen wurde.

Die Staatsanwaltschaft Magdeburg leitete daraufhin gegen unseren Mandanten ein Strafverfahren wegen Inverkehrbringen von Falschgeld gemäß § 146 StGB ein. Unser Mandant beauftragte Rechtsanwalt Dietrich mit der Strafverteidigung. Nach Auswertung der Ermittlungsakte gab Rechtsanwalt Dietrich für unseren Mandanten eine Erklärung ab. Dabei stellte Rechtsanwalt Dietrich klar, dass unser Mandant nicht wusste, dass ein Geldschein offenbar unecht war. Auch machte Rechtsanwalt Dietrich deutlich, dass unser Mandant selbst über die Falschgeldmeldung erschrocken war. Schließlich konnte Rechtsanwalt Dietrich in seinem Schriftsatz herausarbeiten, dass unser Mandant nicht vorsätzlich gehandelt hat und daher auch kein hinreichender Tatverdacht bestehen würde. Die Staatsanwaltschaft schloss sich der Auffassung von Rechtsanwalt Dietrich an und stellte das Strafverfahren mangels Tatnachweis ein.